



Presseschau vom 20.02.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben am Abend mehr als 70 Granatgeschosse auf Staromichajlowka im Kirowskij-Bezirk am westlichen Rand von Donezk abgeschossen. Dies berichtete eine Quelle aus den militärischen Strukturen der DVR.

„Der Beschuss der Siedlung Staromichajlowka begann gegen 20:00, auf ihr Territorium wurden mehr als 70 Granatgeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen. Der Beschuss erfolgte gegen 21:00“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

Vormittags:

Dan-news.info: Die Jasinowatsker Maschinenbaufabrik plant, die erste Bergbauausschachtungsmaschine KSP-35 aus der DVR-Produktion zu exportieren. Dies teilte

der Leiter der Koordination für strategische Produktionsentwicklung der Administration des Republikoberhauptes Eduard Poljakow mit.

„Bis zum neuen Jahr hat die Jasinowatsker Maschinenbaufabrik die Bergbaumaschine KSP-35 produziert, sehr moderne Technik. Diese Maschine wird in den Außenhandel gehen.

Möglicherweise wurde sie bereits für den Export verpackt“, sagte Poljakow.

Nach seinen Worten kann die Maschine in Bergbaubetrieben der DVR, Russlands und der Ukraine verwendet werden. Die Kosten der exportierten Technik nannte er nicht, erläuterte jedoch, dass eine solche Maschine in der Ukraine mehr als 10 Mio. Griwna kostet.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben wieder Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde mit.

Der Beschuss erfolgte mit automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren am Abend des 19. Februar. Der Beschuss der Positionen im Bereich von Kalinowka kam aus Richtung des Damms bei Luganskoje.

Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: Syrien unter türkischem Beschuss: Moskauer UN-Resolutionsentwurf gescheitert

Im UN-Sicherheitsrat ist der russische Resolutionsentwurf zur Achtung der Souveränität Syriens gescheitert, die Konsultationen werden am Montag fortgesetzt. Die Veto-Staaten USA, Frankreich und Großbritannien sowie Spanien, Neuseeland und die Ukraine wiesen den ursprünglichen Textentwurf zurück.

Das Dokument ist von Moskau als Reaktion auf die türkischen Angriffe gegen kurdische Milizen in Nordsyrien erarbeitet worden. Moskau hatte wegen des türkischen Einsatzes gegen kurdische Einheiten in Syrien eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats beantragt. In dem Resolutionsentwurf rief Russland alle Länder auf, die Souveränität Syriens zu respektieren, den Artilleriebeschuss zu stoppen sowie alle Pläne zu Bodenoffensiven aufzugeben.

Das russische Außenministerium sei über den Beschuss syrischen Territoriums von Seiten der Türkei besorgt und betrachte dieses Vorgehen als Unterstützung des Terrorismus und einen Verstoß gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrates.

Zuvor hatten die US-amerikanische UN-Botschafterin Samantha Power, sowie ihr französischer Amtskollege François Delattre auf dem Weg zur UN-Sondersitzung erklärt, der Entwurf habe keine Zukunft.

Der türkische Botschafter Yaşar Halit Çevik, der an der geschlossenen UN-Sitzung nicht teilnehmen durfte, hatte seinerseits mitgeteilt, Ankara habe das Recht, auf den Beschuss von syrischer Seite entsprechend zu reagieren. Çevik zufolge ist eine Verlegung türkischer Truppen nach Syrien nur im Rahmen der US-geführten Koalition oder mit Erlaubnis des UN-Sicherheitsrats möglich.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30662/19/306621924.jpg>

Dan-news.info: Die Behörden der frontnahen Städte der DVR haben in der letzten Nacht keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Dies teilten heute die Stadt- und Bezirksverwaltungen mit.

„Zum Glück war alles ruhig“, sagte der Leiter des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij. Die Behörden der Bezirke Kiewskij, Kirowskij und Kujbyschwschskij teilten auch nichts über Beschüsse mit.

In Makejewka, Gorlowka, den Bezirken Nowoasowsk und Starobeschewo der DVR wurde keine Verschärfung der Lage festgestellt. „Alles war in der Nacht gut, sie haben nicht geschossen“, sagte der Leiter der Verwaltung des Amwrosiewskij-Bezirks Nikoaj Tarasenko.

De.sputniknews.com: Experte: Washington will Einfluss Moskaus auf Kuba unterbinden
Das Streben der USA, den Einfluss Moskaus auf Havanna zu reduzieren, bestimmt deren Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen zu Kuba, wie Earl Rasmussen, Vizepräsident des politologischen Eurasien-Zentrums in Washington gegenüber RIA Novosti erklärte.

„Die Zeit ist schon lange reif für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba“, so Rasmussen.

Dennoch betrachtet der Experte den Versuch, den Einfluss Russlands auf Havanna zu schwächen, als das wichtigste Element, das die Normalisierung beschleunigt hat. Zugleich wird die Festigung der Beziehungen laut Rasmussen sowohl für Kuba als auch die USA von Vorteil sein, und das unabhängig von deren Gründen. Wie Rasmussen betonte, betrifft dies politische und wirtschaftliche Bereiche sowie mit den Menschenrechten verbundene Fragen. Außerdem brachte der Experte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der bevorstehende Besuch von US-Präsident Barack Obama im März auf Kuba „einen bedeutenderen Fortschritt auf dem Weg zu einer vollständigen Regelung der Beziehungen fördern wird“. Am Donnerstag erklärte das Weiße Haus, Barack Obama werde als erster US-Präsident seit 90 Jahren am 21. und 22. März Kuba besuchen.

Es wird erwartet, dass sich Obama mit dem kubanischen Staatschef Raul Castro sowie Unternehmern und Vertretern öffentlicher Organisationen treffen wird.

Barack Obama und Raul Castro hatten im Dezember 2014 Verhandlungen über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern angekündigt. Seitdem haben die USA und Kuba die beiderseitigen diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt und

etliche bilaterale Abkommen unterzeichnet. Dabei ist das Handelsembargo, das der US-Kongress vor einem halben Jahrhundert gegen Kuba verhängt hatte, noch nicht aufgehoben.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30799/73/307997365.jpg>

Dan-news.info: Der Kontroll- und Passierpunkt Sajzewo zwischen der Ukraine und der DVR im Norden von Gorlowka wurde heute nach einer erzwungenen Unterbrechung wieder für leichte Fahrzeuge geöffnet. Dies wurde aus den militärischen Einrichtungen der DVR mitgeteilt.

„Heute Morgen hat die ukrainische Seite wieder den KPP „Sajzewo“ für leichte Fahrzeuge geöffnet (war seit dem 3. Februar geschlossen – Anm. DAN)“ sagte der Gesprächspartner der Agentur. So funktionieren jetzt zwischen der DVR und der Ukraine offiziell drei KPP von vier. Neben Sajzewo sind das der KPP Nowotroizkoje – Richtung Marjinka und Wolnowacha – und Gnutowo – Richtung Mariupol.

Der KPP „Marjinka“ westliche von Donezk ist seit dem 17. Februar geschlossen

De.sputniknews.com: Rada: Nationalisten wollen Ukraine in „Russland“ umbenennen
Vor dem Hintergrund der Konfrontation mit Russland schlagen ukrainische Nationalisten vor, der Ukraine ihren „historischen Namen“ zurückzugeben. Geht es nach ihnen, wird die Ukraine künftig Russland heißen. Zugleich wollen sie verbieten, den östlichen Nachbarstaat als Russland zu bezeichnen.

Abgeordnete der „Radikalen Partei“, der zweitstärksten Kraft im ukrainischen Parlament (Rada), haben ein Gesetz unterbreitet, das verbietet, das Territorium der Russischen Föderation als „Russland“ und „Rus“ zu bezeichnen.

Nach Darstellung der Autoren, unter ihnen Oxana Kortschinskaja, die Ehefrau des Ex-Chefs der rechtsextremen paramilitärischen Organisation Una-Unso, trägt Russland „rechtswidrig“ seinen Ländernamen. In dem Begleitbrief zum Gesetzentwurf heißt es, „zahlreiche historische Quellen“ würden davon zeugen, dass die Namen „Rus“ und „Russland“ nur auf das Staatsgebiet der heutigen Ukraine Anwendung finden dürfen.

Die Verwendung dieser Begriffe als Synonyme für die Russische Föderation wäre eine „aggressive Erinnerung an das Provisorische des ukrainischen Staates“ und damit ein Angriff auf die Souveränität der Ukraine. Wer das Nachbarland beim Namen nennt, soll laut dem Entwurf bestraft werden. Geht die Vorlage durch, wird in der Ukraine das Wort Russland künftig Ukraine bedeuten.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine liegen seit dem nationalistischen Umsturz im Februar 2014 in Kiew auf dem Tiefpunkt.

Dan-news.info/Dnr-online.ru: Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Bis Ende dieses Monats, spätestens am Anfang des nächsten, werden die ersten Pässe ausgegeben“, sagte Sachartschenko.

Das Republikoberhaupt sagte, dass am 18. Februar die erste Testpartie von 60 Stück gedruckt wurde. „Gestern sollten etwa 1000 gedruckt worden sein. Die Gesamtkapazität sind 10.000 pro Tag“ erklärte er die technischen Produktionsmöglichkeiten.

Vertrauen in die ukrainische Seite in der Angelegenheit der Demilitarisierung der Kontaktlinie gibt es nicht, sagte Sachartschenko.

„Es könnte sich der Effekt der grauen Zone wiederholen, als wir Truppen aus Schirokino abgezogen haben und die Ukraine begonnen hat, die Ortschaft einzunehmen“, erinnerte er.

Nach den Worten des Oberhauptes der DVR kann über einen Abzug nur bei garantierter Einhaltung der Regelungen durch die ukrainische Seite diskutiert werden.

Wir erinnern daran, dass gestern der Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin erklärte, dass ein gleichzeitiger Abzug von Truppen von beiden Seiten auf einen geringen Abstand zu einer wesentlichen Senkung der Spannung an der Frontlinie führen könnte.

Zuvor hatte eine informierte Quelle mitgeteilt, dass das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination vorgeschlagen hat, zur Senkung der Spannung die Abteilungen der Konfliktseiten auf 500 bis 1000 Meter von der Kontaktlinie zurückzuziehen sowie die Truppen vollständig aus den an der Front gelegenen Ortschaften abzuziehen.

Derzeit beträgt der Abstand zwischen den Positionen der Seiten an den Brennpunkten höchstens 70 Meter.

Die Ukraine ist nicht an der Durchführung von Kommunalwahlen auf den Territorien der DVR und der LVR interessiert.

„Die Ukraine braucht keinerlei Wahlen auf unseren Territorien, sie wissen, dass sie verlieren werden und dass sie mit einem niederschmetternden Ergebnis verlieren werden. Ich denke, die Situation mit den Wahlen wird bis Ende des Jahres in der Schwebe bleiben“, sagte Sachartschenko.

Das Republikoberhaupt fügte hinzu, dass man in der DVR „bereit sein muss, Wahlen unter beliebigen Bedingungen durchzuführen“. „Um bestimmte Schritte in die Zukunft zu machen, brauchen wir legitime örtliche Behörden, deshalb sind Wahlen notwendig“, erklärte Sachartschenko.

Das Industrie- und Handelsministerium der DVR wurde geschaffen zum Wiederherstellung der Arbeit der Produktionsbetriebe des Landes und die Suche nach neuen Absatzmärkten.

„Für eine bessere Optimierung der Arbeit der Unternehmen von strukturellen Bereichen wurde das Ministerium geschaffen. Seine Aufgabe ist der Aufbau der Produktion, insbesondere in der Schwerindustrie und der Kohleindustrie, das Hinausgehen auf neue Absatzmärkte und die Absicherung einer unterbrechungsfreien Arbeit der Unternehmen“, teilte Sachartschenko mit.

Das Oberhaupt erinnerte daran, dass zuvor für die Funktion der Koordination der Produktion eine Abteilung in seiner Administration zuständig war.

Alexandr Sachartschenko kommentierte den Besuch der Vertreter der Außenministerien Deutschlands und Frankreichs in der Ukraine.

„Jetzt geschehen in der Ukraine interessante Dinge. Wenn man sich die Lage in der Kiewer politischen „high society“ ansieht, so können wir sehen, dass es dort den Versuch gab, Arsenij Jazenjuk vom Amt des Premierministers zu entfernen. Aus irgendwelchen Gründen ist dieser Versuch nicht gelungen. Aber man kann sagen, dass dies eine bestimmte Botschaft an das offizielle Kiew ist: die amerikanischen „Puppenspieler“ geben zu verstehen, dass der Premierminister der Ukraine ausgetauscht werden muss“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Bezüglich der politischen Situation in Kiew sagte das Republikoberhaupt, dass die Lage recht schwierig ist. Petr Poroschenko muss zwischen Nationalisten und eher liberalen Abgeordnetengruppen lavieren.

„Was den Minsker Prozess und die Reise von Vertretern der Außenministerien Deutschlands und Frankreichs in die Ukraine betrifft, kann man eines sagen, Kiew sind die Minsker

Vereinbarungen nicht recht! Die einzige mögliche Entscheidung für Poroschenko ist, die DVR und die LVR der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen und die Angriffe zu beginnen, die sie schon vorbereiten. Die gewaltsame Lösung des Konflikts im Donbass wird von der ukrainischen Seite dauernd in Betracht gezogen. Aus verschiedenen Gründen kommt sie nicht zur Ausführung. Deshalb erwarte ich von der Reise der Vertreter der Außenministerien Deutschlands und Frankreichs keinerlei Ergebnisse“, unterstrich Sachartschenko.

De.sputniknews.com: Neue Öl- und Gasförderstätten für Rosneft in Japanischem Meer und Barentssee

Die russische Regierung hat dem Staatskonzern Rosneft ein Gebiet mit Erdöl- und Erdgasvorkommen im Japanischen Meer zur Nutzung übergeben, wie aus einer auf der Webseite des Kabinetts veröffentlichten Anordnung hervorgeht.

Laut dem Dokument betrug die einmalige Zahlung für dieses Gebiet 190,7 Millionen Rubel (rund 2,5 Millionen US-Dollar).

„Mit der unterzeichneten Anordnung ist Rosneft berechtigt, das Gebiet föderaler Bedeutung am Festlandssockel des Japanischen Meeres zur Erkundung und Förderung von fossilen Brennstoffen zu nutzen“, heißt es im Dokument.

Die Gebietsfläche beträgt 29.800 Quadratkilometer. Die prognostizierten Ölvorräte belaufen sich nach Klassifikation D1 auf 3,1 Millionen, nach D2 auf 31 Millionen Tonnen, während die erwarteten Gasvorräte nach Klassifikation D1 6,5 Milliarden Kubikmeter, nach Klassifikation D2 68,1 Milliarden Kubikmeter ausmachen.

Am Freitag hatte der russische Ressourcen- und Umweltminister Sergej Donskoi gegenüber RIA Novosti geäußert, die Regierung habe Rosneft auch ein Ölgebiet am Festlandssockel der Barentssee zur Nutzung übergeben. Laut einer auf der Webseite des Kabinetts veröffentlichten diesbezüglichen Anordnung betrug die einmalige Zahlung für dieses Gebiet 106,6 Millionen Rubel (zirka 1,4 Millionen US-Dollar).

Der 17.900 Kilometer lange Abschnitt verfügt über Ölvorräte von 75,1 Millionen Tonnen nach der Klassifikation D2.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Lage im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert und kann wie zuvor als stabil-angespannt bezeichnet werden. In der letzten Woche haben die ukrainischen Straftruppen 13 Mal unsere Positionen beschossen und so das Regime der Feuereinstellung verletzt“, sagte Jaschtschenko....

„Durch einen glücklichen Zufall gab es in der Folge der Beschüsse keine Opfer und Zerstörungen“, unterstrich er.

„Nach Angaben unserer Aufklärung wurde eine Konzentration von zehn Panzern in dem Waldgebiet „Malinowsker Wald“ entdeckt, das ist in Staniza Luganskaja“, teilte der stellvertretende Leiter des Stabs mit.

Die Kiewer Truppen verlangen am Kontroll- und Passierpunkt in Staniza Luganskaja unter verschiedenen Vorwänden Geld von den örtlichen Einwohnern, die nach Lugansk gelangen wollen, teilte Jaschtschenko mit.

Er unterstrich, dass in den Ortschaften, die von den ukrainischen Truppen kontrolliert werden, Soldaten aus nationalistischen Bataillonen weiterhin Willkürmaßnahmen gegenüber den friedlichen Einwohnern begehen.

„So liegen uns Informationen vom 17. Februar vor, dass am Passierpunkt in Staniza Luganskaja die Soldaten aus den ukrainischen nationalistischen Bataillonen bei Einwohnern, die nach Lugansk gehen wollen, die Geldbestände kontrollieren. Wenn es mehr als 2000 Griwna sind, wird der Mehrbetrag eingezogen und dies dadurch erklärt, dass es verboten sei, mehr als 2000 Griwna über den Passierpunkt in die LVR zu bringen“, teilte Jaschtschenko mit.

„Auch wurde uns bekannt, dass an diesem Passierpunkt in Staniza Luganskaja nach 17 Uhr, wenn die Mitarbeiter des Grenzschutzes des Ukraine den Posten verlassen und Soldaten der ukrainischen nationalistischen Bataillone dort Dienst tun, diese Soldaten daran verdienen“, fügte Jaschtschenko hinzu.

„300 Griwna müssen gegeben werden und dann kann man in die LVR hinüber gehen. So schaffen sie sich ihre Zuverdienstmöglichkeiten“, sagte Jaschtschenko.

Dies zeigt nach seinen Worten auch die erfolglosen Versuche der Kiewer Regierung, gegen die Korruption vorzugehen. Im Gegenteil, das Ausmaß der Korruption nimmt zu.

Dnr-online.ru: Heute, am 20. Februar, fand am Kontroll- und Passierpunkt „Alexandrowka“ ein Austausch von Gefangenen zwischen der DVR und der ukrainischen Seite nach der Formel „3 gegen 6“ statt.

„Die Vorbereitung des Austauschs war recht schwierig. Er fand dank der Kontaktgruppe in Minsk statt. Dieser Austausch wurde auf vier Sitzungen erörtert. Schließlich haben trotz allem unsere Opponenten zugestimmt. Wir haben drei Menschen übergeben – dies sind Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und des 1. Wolynsker Territorialbataillons. Und wir haben sechs Menschen erhalten – fünf Soldaten und Vater Nikona (Alexandr Dubljashenko). Wir haben ihn tatsächlich „herausgekratzt“, anders kann man es nicht sagen. Er ist in einem sehr schlechten Gesundheitszustand. Sie haben ihn nur festgenommen, weil er in die Schützengräben fuhr und unsere Soldaten segnete“, kommentiert die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa.

„Wir haben lange versucht, diesen Austausch zu erreichen, aber wir haben es geschafft. Gott sei Dank haben wir unsere Leute herausgeholt. Nach ihrem Äußeren zu urteilen, haben wir es geschafft, dass unsere Leute wenigstens nicht misshandelt werden, dass unsere Gefangenen nicht geschlagen werden, die Jungs sehen ordentlich aus“, sagte der Verteidigungsminister der DVR Generalmajor Wladimir Kononow.

Ukrinform.ua: Es ist gelungen, aus der Gefangenschaft der prorussischen Kämpfer drei Ukrainer zu befreien.

Darüber wird auf der Facebook-Seite des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, gemeldet.

„Gerade eben hat Iryna Geraschtschenko (die Bevollmächtigte des Präsidenten für die Fragen der Beilegung des Konflikts in der Ostukraine – Red.) mitgeteilt, dass noch drei ukrainische Helden aus der Gefangenschaft der Kämpfer befreit sind. Ruhm für die Ukraine!“, wird in der Meldung angegeben.

Früher teilte Iryna Geraschtschenko mit, dass in der Gefangenschaft der Terroristen noch 139 Soldaten und zivile Ukrainer sind.

De.sputniknews.com: Kreml reagiert auf Hollandes Warnung vor Krieg

Der Kreml hat die Warnung des französischen Präsidenten François Hollande vor einem Krieg zwischen Russland und der Türkei als unangebracht bezeichnet.

Hollande hatte am Freitag vor dem Risiko eines Krieges zwischen Russland und der Türkei

gewarnt, weil die Türkei in Syrien militärisch aktiv ist.

Diese Fragestellung per se sei unangebracht, kommentierte Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, am Samstag. Russland sei besorgt über die zunehmenden Spannungen an der türkisch-syrischen Grenze. Der Sprecher verwies darauf, dass neben den Kurden auch die syrischen Staatskräfte unter türkischen Beschuss geraten.

Die türkische Armee beschießt seit Tagen Kurden-Gebiete im Norden Syriens.

Dan-news.info: Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte haben heute tagsüber die Ortschaft Staromichajlowka im Westen von Donezk mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm beschossen, teilte eine Quelle aus den militärischen Strukturen der DVR mit.

„Gegen 12:30 haben ukrainische Truppen Artillerie des Kalibers 152mm auf die Ortschaft Staromichajlowka angewendet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

Außerdem brannte heute in der Folge eines Beschusses der ukrainischen Streitkräfte ein Wohnhaus im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk ab. Dies teilte heute der Leiter der Bezirksverwaltung Iwan Prichodko mit. „Gegen 10:30 gab es einen Beschuss. Ein Geschoss traf das Dach eines Hauses auf der Baschkirskaja-Straße, das Haus brannte ab“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Prichodko erläuterte, dass das Haus nicht bewohnt war.

Dan-news.info: Die DVR wird der Ukraine in der nächsten Zeit Vorschläge zum Austausch von Gefangenen zusenden, damit diese auf der Sitzung der Untergruppe zu humanitären Fragen in Minsk am 24. Februar behandelt werden können. Dies teilte heute die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mit.

„Am 24. Februar findet die nächste Sitzung der Untergruppe statt. Der ukrainischen Seite wird heute oder morgen ein neuer Vorschlag zugeschickt. Die Vertreter der ukrainischen Seite haben gebeten, diese Vorschläge so früh wie möglich zu schicken, um sie vor der Sitzung der humanitären Untergruppe zu bearbeiten“, sagte Morosowa. Nach ihren Worten befinden sich in der DVR derzeit etwa 20 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

De.sputniknews.com: Russland und USA einigen sich auf Dokument über Feuerpause in Syrien

Russland und die USA haben sich bei Gesprächen in Genf auf ein Dokument über eine Feuerpause in Syrien geeinigt. Das erfuhr RIA Novosti aus der Delegation der syrischen Opposition bei den Syrien-Gesprächen.

„Das Dokument ist von Russland und den USA vereinbart worden und muss nun auf hoher Ebene abgestimmt werden“, hieß es. Die Vereinbarung werde nicht für die Terrororganisationen Daesh (auch Islamischer Staat, IS) und al-Nusra-Front gelten.

Russland, die USA und andere Mitglieder der so genannten Unterstützungsgruppe hatten sich in der vergangenen Woche in München auf eine Feuerpause in Syrien geeinigt. Sie soll den Weg für eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche ebnen und den Transport von Hilfsgütern ermöglichen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30750/41/307504108.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 20. Februar, fand in Donezk im Rahmen der Realisierung der Kultur- und Bildungsprojekts „Frieden für die Welt“ eine Videokonferenz (Telebrücke) zwischen Kinder statt, die an dem Projekt teilnehmen. Die Ausstellung von Kinderzeichnungen im Rahmen des Projekts wird derzeit in Griechenland gezeigt. Die Telebrücke „Kinder der Welt – für Frieden in der ganzen Welt“ wurde mit Unterstützung der Beraterin des Oberhauptes der DVR für Kinderrechte Jana Tschepikowa durchgeführt. „Jetzt ist die Ausstellung von Kinderzeichnungen „Frieden für die Welt“ in Griechenland und heute haben wir eine Telebrücke zwischen Moskau, Deggendorf, Athen und Kindern aus Donezk durchgeführt. In jedem Studio waren etwa 20 Kinder. Dies ist schon die 6. Telebrücke, die wir durchführen. Es ist immer nützlich sich auszutauschen, interessant und nützlich, in erster Linie für die Kinder. Vor allem bildet sich ein Bewusstsein bei den Kindern, ein Nachdenken über die Zukunft, was sehr nützlich ist, wenn man berücksichtigt, dass die Teilnehmer 14-16 Jahre alt sind und bald über ihre Berufswahl nachdenken müssen. Durch dieses Projekt formen wir die Kinderdiplomatie, werden sie entwickeln, möglicherweise werden sie in Zukunft unsere Politiker sein. Telebrücken werden wir auch weiter durchführen. Jetzt laufen Verhandlungen, dass unsere Ausstellung auf die Krim kommt und ich schließe nicht aus, dass uns auch andere Länder Europas bitten, weil die Ausstellung große Bekanntheit erlangt hat“, sagte Jana Tschepikowa. Im Projekt der Telebrücke trafen sich Jugendliche aus dem Donbass, Russland, Deutschland und neue Teilnehmer des Projektes aus Griechenland. In den Studios wurde darüber gesprochen, wie die Kinder aus verschiedenen Ländern und Kulturen ihre Zukunft sehen. Während der Veranstaltung erfuhren die Kinder, dass sie die gleichen Vorstellungen, Wünsche und Träume haben und erfuhren auch, dass ohne ein friedliches Zusammenleben Millionen Menschen sterben könnten.

De.sputniknews.com: Maidan-Gedenktag in Kiew: Radikale bewerfen Filialen russischer Banken mit Steinen

Die Teilnehmer der Gedenkaktionen zum 2. Jahrestag der Maidan-Ereignisse haben am Samstag im Zentrum von Kiew zu Unruhen angestiftet. Wie der Fernsehsender „Gromadske TV“ mitteilte, haben die Mitglieder eines Bataillons der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN) mehrere Gebäude beschädigt.

Das erste Angriffsziel war das Büro des Großunternehmers Renat Achmetow, der humanitäre Hilfsgüter in das von einem bewaffneten Konflikt erschütterte Gebiet Donezk in der Ostukraine geschickt hatte. Die Aktionsteilnehmer bewarfen das Haus mit Steinen, wobei

mehrere Fensterscheiben eingeschlagen wurden.

Zuvor hatten die Radikalen vor dem Amtssitz des Präsidenten eine Protestaktion durchgeführt. Bataillonskommandeur Nikolai Kochaniwski rief dabei die Nationalisten auf, ihr Misstrauen gegenüber den Machtbehörden auszudrücken.

Außerdem waren OUN-Mitglieder in das Bürogebäude der „Alfa-Bank“ eingedrungen, weil sie „russisch“ sei. Das berichtet der ukrainische Journalist Alexander Rudomanow in seinem Facebook-Account.

Nach Angaben des Fernsehsenders „Gromadske TV“ haben die Radikalen das Gebäude des Tochterunternehmens der russischen Sberbank trotz Polizeisperre mit Steinen beworfen. Die Protestler traten gegen die Arbeit der Bank in der Ukraine auf.

Im Moment hat sich die Situation rund um das Sberbank-Büro normalisiert. Die Fensterscheiben am Gebäude sind eingeschlagen, das Aushängeschild beschädigt und die Eingangstür mit Brillantgrün beschmiert. Am Ort des Vorfalls sind Ermittler im Einsatz.

In der ukrainischen Hauptstadt werden am Samstag mehrere Gedenkaktionen anlässlich der tragischen Ereignisse vom Februar 2014 durchgeführt. Damals waren bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Sicherheitskräften auf dem Unabhängigkeitsplatz (Maidan Nesaleschnosti) rund 100 Menschen getötet worden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30800/51/308005147.jpg>

Dnr-online.ru: Seine Auffassung zur Durchführung weiterer Gefangenenaustausche nach der Formel „alle gegen alle“, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, erläuterte der Verteidigungsminister der DVR Generalmajor Wladimir Kononow.

„Was den weiteren Austausch betrifft, so sind wir bereit, schon morgen alle auszutauschen. Die Frage wäre innerhalb von drei Tagen zu lösen, durch die Herausgabe von allen, die wir haben, im Austausch gegen alle, wie dies von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist. Aber die ukrainische Seite betrügt uns. Sie ändert bei unseren Kämpfern die Haftgründe. Sie werden beschuldigt „Raubüberfälle“, „Raub“, „Organisation von Banden“ begangen zu haben. Das heißt, sie fallen nicht mehr oder den Paragraphen „Separatismus“ und wenn es die Weltöffentlichkeit fordert, werden sie als „Banditen und Räuber“ ausgegeben. Das heißt, es werden gegen sie Strafrechtsparagraphen angewandt, die nicht zu einer Normalisierung der politischen Beziehungen führen werden“, erklärte Wladimir Kononow.

De.sputniknews.com: Lugansk: Lokalwahlen auf April verschoben

Die ersten Lokalwahlen in der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk (VRL) sind vom 21.

Februar auf den 24. April 2016 verschoben worden, wie aus einem Erlass des Republikchefs Igor Plotnizki hervorgeht.

Die Abstimmung zu Modalitäten der Regionalwahlen im Donbass ist unter anderem im Minsker Abkommen zur Regelung der Ukraine-Krise vorgesehen.

Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz fand außerdem ein Treffen der „Normandie-Vier“ (Russland, Frankreich, Deutschland und die Ukraine) statt. Nach dessen Abschluss wurde eine Erklärung abgegeben, wonach die Interessensparteien spätestens im März neue Verhandlungen durchführen. Die Ukraine-Kontaktgruppe und die OSZE sollten bis zu diesem Zeitpunkt konkrete Vorschläge zu den Lokalwahlen vorlegen....

Dnr-online.ru: In einem Interview mit dem Verteidigungsminister der DVR, Generalmajor Wladimir Kononow, kommentierte dieser die Information, dass vor kurzem in der DVR der Kriegsgefangene Jewgenij Tschudnezow, ein ehemaliger Soldat des Bataillons „Asow“, zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

„Er weigerte sich ausgetauscht zu werden. Er sagte, dass er bereit sei im Gefängnis zu sitzen, aber in der Heimat bleiben will. Er gibt zu, was er getan hat, und hat persönlich gebeten ihn nicht auszutauschen. Er hat jetzt die Möglichkeit eine Revision zu beantragen und das Urteil wird möglicherweise abgemildert. Das ist eine Frage der Justiz“, sagte der Verteidigungsminister der DVR.

Wir erinnern daran, dass der Einwohner Makejewkas, der Soldat des Bataillons „Asow“ Jewgenij Tschudnezow im Februar 2015 in Schirokino in Gefangenschaft geriet. Am 19. Februar 2015 berichtete er während einer Pressekonferenz in Donezk ausführlich von den verbrecherischen Aktivitäten der genannten bewaffneten Formationen und ihrer Soldaten.

De.sputniknews.com: Dem ehemaligen Vize-Premier der Ukraine Sergej Arbusow zufolge ist dieses Land in den zwei Jahren nach dem Staatsstreich zu einem „Armutsfleck im gedeihenden Europa“ geworden.

„In den beiden zurückliegenden Jahren sind die Löhne und Renten aufgrund der Inflation um ein Mehrfaches zurückgegangen (...). Bei den sozialen Standards und allen anderen Wirtschaftskennziffern liegt die Ukraine auf dem allerletzten Platz in Europa und auf einem der niedrigsten Plätze in der Welt“, sagte Arbusow gegenüber Sputnik.

Er fügte hinzu, dass die Inflation in der Ukraine seit dem Jahr 2013 von rund drei Prozent auf 46 Prozent gestiegen sei. Der Mindestlohn, der vor dem Umsturz 100 US-Dollar betragen habe, sei 2016 um die Hälfte zurückgegangen. „Die Ukraine ist zu einem Armutsfleck im gedeihenden Europa geworden“, so Arbusow.

Der einzige Nutzen der Tätigkeit der jetzigen Behörden der Ukraine bestehe in Folgendem: Es sei nun deutlich sichtbar, wie unerträglich es unter ihrer Führung geworden ist.

Am 2. Februar 2014 war in der Ukraine ein Staatsstreich vollzogen worden. Die Werchowna Rada (Parlament) hatte Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet, die Verfassung geändert und vorgezogene Präsidentschaftswahlen angesetzt, aus denen Petro Poroschenko als neuer Präsident hervorging.

Die Ukraine befindet sich jetzt faktisch am Rande der Staatspleite. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die nationale Währung hat sich auf ein Drittel verbilligt. Laut den Ergebnissen einer Umfrage sind rund 70 Prozent der ukrainischen Bürger mit ihrem Leben unzufrieden.

Ukrinform.ua: Der neue französische Außenminister Jean-Marc Ayrault wird sich von 22. bis 23. Februar zu einem Besuch in Kiew aufhalten, wo er zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier einen Einblick in den Verlauf der Reformen und in die Umsetzung der Abkommen von Minsk nehmen wird.

Das kündigte in Paris der Sprecher des französischen Außenministeriums Romain Nadal an,

berichtet der Ukrinform-Korrespondent.

Laut Nadal werde der gemeinsame Besuch die Möglichkeit gewähren, zusammen mit der ukrainischen Regierung den Verlauf der Reformen und die Erfüllung der Abkommen von Minsk auszuwerten. „Der Besuch muss die Entschlossenheit von Frankreich und Deutschland auf dem Weg zur Unterstützung von notwendigen Veränderungen im Land bekräftigen“, so Nadal.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Die ukrainischen Truppen haben 49 Mal das Territorium der Republik in der Folge von zehn Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung beschossen.

Während der Beschüsse verwendete der Gegner: Granatwerfer des Kalibers 120mm und 82mm – 46 Mal, Antipanzergrenatwerfer, Schusswaffen und Abwehrgeschütze.

Die Beschüsse kamen aus Opytnoje, Krasnogorowka auf die Ortschaften Staromichajlowka und das Gebiet des Flughafens von Donezk von den Positionen der 14. und 93.

mechanisierten Brigade unter dem Kommando Shakuns und Klotschkows.

In den letzten 24 Stunden wurde von der Aufklärung der DVR ein weiterer Fakt von Verminung des Territoriums durch die ukrainische Seite festgestellt. In den Gebieten von Swedlordarsk, 7 km von der Kontaktlinie, und Mironowskij, 8 km von der Kontaktlinie, wurde die Errichtung von Minensperren durch ukrainische Soldaten festgestellt.

Wir haben bereits mehrfach von Verminungen des Territoriums durch Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte gesprochen. Ich erinnere daran, dass solche Fakten bereits in den Gebieten von Marjinka, Schirokaja Balka, Sajzewo, Nowomichajlowka stattfanden, und zwar gerade eine Verminung der belebtesten Straßenabschnitte und Fußwege, über die nur Zivilisten gehen.

Ausgehend davon kann man den Schluss ziehen, dass die ukrainische militärisch-politische Führung im vollen Umfang auf die Durchführung von Terror gegen friedliche Einwohner übergegangen ist, mit anderen Worten, diese Handlungen können als die Führung eines „Minenkriegs“ charakterisiert werden.

In ständigen Gesprächen mit einer hochgestellten Quelle in der Führung der Ukraine, die ein echter und wirklicher Patriot seines Landes ist, haben wir die Information erhalten, dass den Vertretern der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination die feste Anweisung gegeben wurde zu lügen und Fakten in den Berichten der OSZE-Mission zu verdrehen, die täglich in Soledar gehalten werden. Dies geschieht, um die Arbeit der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zu diskreditieren, die Vertreter der OSZE-Mission auf ihre Seite zu ziehen und die reale und wahrheitsgemäße Lage der Dinge in den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte in der der ATO-Zone zu verheimlichen.

Beispielsweise wurde bei einem der letzten Berichte vom General der ukrainischen Streitkräfte Taran die Falschinformation über Beschüsse durch die Streitkräfte der DVR auf ihre eigenes Territorium gegeben, mit Einfügung von Videos und Fotos. In überzeugender Form will er beweisen, dass dies die Wahrheit ist.

Das Hauptziel, das die ukrainische Führung verfolgt, ist, die Minsker Vereinbarungen zu annullieren, damit Friedens- und Polizeitruppen Europas in die Konfliktzone gebracht werden.

Abends:

De.sputniknews.com: Zusammenstöße zwischen Nationalgarde und Radikalen am Maidan in Kiew

Bei einem Versuch der Radikalen, Zelte auf den Unabhängigkeitsplatz (Maidan) in Kiew zu bringen, ist es zu Zusammenstößen mit der ukrainischen Nationalgarde gekommen. Wie der ukrainische TV-Sender News One am Samstag berichtete, wollten die Radikalen Teilnehmer einer Protestkundgebung mit Zelten versorgen, damit sie auch nachts ausharnten.

Die Demonstranten protestieren gegen die Behörden, die die „Ideale des Maidan verraten haben“, hieß es. Zunächst war nicht bekannt, ob es Verletzte oder Festnahmen gab.